

Volker Mönikes **Malawi auf dem Weg zur Demokratie?**

Zwischen Aufbegehren der städtischen Zivilgesellschaft und Ausschluss der ländlichen Bevölkerung

Die kleine dichtbesiedelte südostafrikanische Republik Malawi wird meist nur in Nebensätzen behandelt, wenn es um den Demokratieprozess in Afrika geht. Dabei macht Malawi gerade eine Entwicklung durch, die in vielerlei Hinsicht exemplarisch für die Schwierigkeiten afrikanischer Länder auf dem Weg zu einem soliden demokratischen System ist. Das Ergebnis dieses Prozesses wird von Bedeutung für die gesamte Region sein.

Im Juni 1999 hatte die Regierungspartei UDF in Parlamentswahlen eine relative Mehrheit behalten, die sie durch das Anwerben einiger unabhängiger Kandidaten später sogar zu einer kleinen Stimmenmehrheit im Parlament erweitern konnte. Zugleich wurde Präsident Muluzi knapp als Präsident bestätigt, obwohl ihm dabei ebenfalls nicht die absolute Mehrheit der Stimmen zufiel.

Die Wahlen verliefen mit großen Auseinandersetzungen in Bezug auf die angewendeten Verfahren und waren von vielerlei Unregelmäßigkeiten insbesondere in den Hochburgen der Opposition gekennzeichnet. Dort fehlte es oft an Wahlunterlagen, Urnen verschwanden, es kam punktuell und sporadisch auch zu Gewalt. Nichtsdestoweniger bescheinigten internationale Beobachtergruppen, dass die Wahlen „im Großen und Ganzen frei“ verlaufen waren, allerdings nicht ohne im Hinblick auf zukünftige Wahlprozesse notwendige Veränderungen im Wahlsystem, insbesondere die Stärkung von Unabhängigkeit und Durchsetzungsvermögen der Nationalen Wahlkommission, zu fordern.

Beeindruckend bei den Wahlen des Jahres 1999 war die hohe Wahlbeteiligung von weit über 90 Prozent und die relativ geringe Zahl ungültiger Stimmen. Die Bürgerinnen und Bürger Malawis schienen die Demokratie nicht nur akzeptiert zu haben, sondern aktiv eingebunden zu sein.

Die Wahlen hatten aufgrund ihres knappen Ausgangs und aufgrund der erwähnten Probleme eine Reihe von juristischen Anfechtungen seitens der Opposition zur Folge. Die nachfolgenden Prozesse

gingen ausnahmslos mit Urteilen zu Ende, die den Status quo der Mandatsverteilung im Parlament und das Ergebnis der Präsidentschaftswahl bestätigten. Es ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass sich die Opposition weitestgehend auf die Ausschöpfung rechtsstaatlicher Mittel bei der Anfechtung der Wahlen beschränkte und auf die Mobilisierung ihrer Anhängerschaft für gewaltsame Proteste verzichtete.

Andererseits erkennt der unterlegene Kandidat der Oppositionsallianz aus MCP und AFORD, Gwanda Chakuamba, bis heute die Rechtmäßigkeit der Amtsausübung durch Präsident Bakili Muluzi (UDF) nicht an.

Neben den juristischen Folgen der Wahlen kam es auch im politischen Bereich zu einem turbulenten Nachspiel. Dieses bestand bis Oktober 2000 vor allem in einer Krise der Opposition und in ihrer offensichtlichen Spaltung. So wurden auf zwei zeitgleich an verschiedenen Orten stattfindenden Parteikongressen der größeren Oppositionspartei MCP zwei Parteivorsitzende gewählt, vom einen der unterlegene Präsidentschaftskandidat Chakuamba, vom anderen der schon unter Dr. Kamuzu Banda bis 1994 starke Mann der MCP, John Tembo. Letzterer baute seine Machtposition vor allem in der Parlamentsfraktion der MCP konsequent aus. Sein Lager paktierte bei vielen wichtigen Entscheidungen der vergangenen Monate häufig mit der Mehrheitsfraktion der UDF.

Politisch noch bedeutender und in vielerlei Hinsicht sehr typisch für die gegenwärtige Etappe im Demokratisierungsprozess afrikanischer Länder war aber die Haltung der wahlgewinnenden Partei nach den Wahlen. Nach dem Motto „The Winner takes it all“ schloss sie die Opposition weiterhin systematisch von allen wichtigen Prozessen des Landes aus und entwickelte zunehmend ein kaum transparentes und autokratisches System der Regierungsführung. Versuche insbesondere religiöser Führer, vermittelnd zwischen Regierung und Opposition tätig zu werden, scheiterten vor allem an der Arroganz, mit der die Regierung die Exekutivfunktionen handhabte. Zum Teil lag das Scheitern aber auch an den völlig überzogenen und auf unrealistischen Einschätzungen ihrer eigenen Macht beruhenden Forderungen der Opposition.

■ In vielerlei Hinsicht sehr typisch für die gegenwärtige Etappe im Demokratisierungsprozess afrikanischer Länder war die Haltung der wahlgewinnenden Partei nach den Wahlen. Nach dem Motto „The Winner takes it all“ schloss sie die Opposition weiterhin systematisch von allen wichtigen Prozessen des Landes aus und entwickelte zunehmend ein kaum transparentes und autokratisches System der Regierungsführung.

Symptomatisch für den Ausschluss der oppositionellen Kräfte ist insbesondere, dass sie – trotz einer reformierten Mediengesetzgebung – keinerlei Zugang zu den in Staatshand befindlichen elektronischen Medien haben. Im Gegenteil, Rundfunk und Fernsehen entwickeln sich zunehmend zu Propagandainstrumenten der Regierung, jegliche Kritik an diesem Zustand blieb folgenlos. Der Begriff Mutlosigkeit kennzeichnet zur Zeit am besten die Position der Kräfte, die sich für einen freien Informationsfluss in Malawi einsetzen.

Diese Situation ist seit den Wahlen im Jahre 1999 noch kritischer, da die oppositionelle Tageszeitung *Daily Times* ihre politische Position änderte und nunmehr eindeutig regierungsfreundlich berichtet. Außer der von ihrem couragierten Herausgeber Robert Jamieson geführten Wochenzeitung *The Chronicle* gibt es nunmehr in den malawischen Medien keine bedeutenden regierungskritischen Stimmen. Der *Chronicle* war allerdings in der Lage – trotz massiver Angriffe und Diffamierungen von Seiten der Regierung –, nicht nur einen regelmäßigen Veröffentlichungsturnus durchzuhalten, sondern seine Auflage erheblich zu steigern.

Neben der Unterdrückung der Meinungsfreiheit war ein weiteres Instrument zur politischen Gleichschaltung die halbherzige Reform im Bereich Local Government. Malawi leidet an einer regionalen Dreiteilung, die permanenten Sprengstoff für handfeste und gewaltsame politische Auseinandersetzungen in sich trägt und sich auch im Parteienspektrum wiederfindet. Die UDF des Präsidenten beherrscht die bevölkerungsstarke Südregion, die MCP hat ihre Hochburg in der Zentralregion und in der Region des Shire-Flusses im extremen Süden. Insbesondere die von der AFORD und ihrem Präsidenten Chakufwa Chihana kontrollierte Nordregion bleibt ausgeschlossen von einer fairen Beteiligung an politischen Prozessen.

Sicher ist, dass politische Beteiligung der Bevölkerung in dem wenig urbanisierten, aber zugleich dicht bevölkerten Land am ehesten in einer mit wirklichen politischen Entscheidungskompetenzen und finanziellen Mitteln ausgestatteten kommunalen Selbstverwaltungsstruktur erreichbar ist. Anstatt mit einer entsprechenden Politik, deren Vorbereitung vielerlei

■ Malawi leidet an einer regionalen Dreiteilung, die permanenten Sprengstoff für handfeste und gewaltsame politische Auseinandersetzungen in sich trägt und sich auch im Parteienspektrum wiederfindet.

Unterstützung innerhalb und außerhalb Malawis erfahren hatte, zu reagieren, beschränkte sich die Regierung aber auf eine halbherzige Dezentralisierungspolitik. Insbesondere die Tatsache, dass die Verantwortung für die Ernennung der lokalen Beamten bei der Zentralregierung blieb, muss deutlich als Versuch gewertet werden, die politischen Zügel im Land weiterhin in einer Hand zu behalten. Die Frustration in der Bevölkerung vor allem im Norden des Landes ist gefährlich. Die in der Hauptstadt mit ihren politischen Ränkespielen beschäftigten Politiker der Regierung scheinen dies nicht zu spüren.

Die absolut geringe Wahlbeteiligung mit unter 15 Prozent bei den Lokalwahlen im November 2000 ist daher nicht nur als Schwäche der kaum für diese Wahlen vorbereiteten größeren Oppositionspartei zu werten, sondern auch als Ablehnung des unzulänglichen Systems durch die Bürgerinnen und Bürger. Sie erkannten die Kompetenzlosigkeit der lokalen Räte. Und auch die Zivilgesellschaft zeigte sich enttäuscht. Gerade aus einer Allianz verschiedener Nichtregierungsorganisationen war 1996 der Druck auf die Regierung ausgegangen, eine konsequente Dezentralisierung einzuleiten. Das Hauptargument dabei: es darf in Malawi keine Bewegung zur Zentralisierung der Macht mehr geben, das Land braucht *Checks and Balances* in seinem Regierungssystem. Bei vielen Malawiern – Beobachter übersehen dies leicht – leben noch in starkem Maße Erfahrungen mit der Banda-Diktatur fort. Die gleichen Kräfte trugen erheblich zur Mobilisierung bei den Wahlen im Jahr 1999 bei. Bei den Lokalwahlen im Oktober 2000 jedoch waren ihre Beiträge kaum spürbar. Die Folge: außer in der Nordregion, wo die AFORD einige der Wahlen gewinnen konnte, kontrolliert die UDF nahezu alle lokalen Räte im Land.

Ein jüngstes Zeichen für den Willen der Regierung, an Verfassungsgegebenheiten vorbei und gegen den erklärten Willen großer Teile der Zivilgesellschaft und der Opposition zu agieren, muss darin gesehen werden, dass die seit 1994 gemäß der Verfassung anstehende Einrichtung einer zweiten Kammer des Parlaments in Form eines Senats, der insbesondere traditionellen und religiösen Autoritäten sowie Vertretern der Bürgergesellschaft Mitsprachemöglichkeiten geben sollte, vom Parlament mit großer

■ Die Frustration in der Bevölkerung vor allem im Norden des Landes ist gefährlich. Die in der Hauptstadt mit ihren politischen Ränkespielen beschäftigten Politiker der Regierung scheinen dies nicht zu spüren.

Mehrheit abgelehnt wurde. Die Mehrheit machte dafür Kostengründe geltend. Bei allem Gewicht, das dieses Argument im armen Malawi beanspruchen kann, darf nicht übersehen werden, dass auch hier erneut ein Schritt zu weniger Aufteilung von Kompetenzen und zu mehr Machtkonzentration getan wurde.

Bei der Abstimmung über die Einführung des Senats stimmte die Tembo-Fraktion der MCP mit der Regierung, was darauf schließen lässt, dass der ehemalige Kronprinz Kamuzu Bandas, der sich nie wirklich mit dem Verlust politischer Macht abfinden konnte, nun eher in einer Allianz mit der UDF und im Rahmen der unabdingbar anstehenden Führungsdebatte für die Zeit nach 2004 eine Möglichkeit sieht, seine ehrgeizigen persönlichen Ziele in der Politik zu verfolgen. Dies verschiebt das regionale Kräftegleichgewicht in Malawi erheblich und spaltet vor allem die bisher relativ kohärente Stellung der Zentralregion, dem Kernland der oppositionellen MCP.

Aber die uneingeschränkte Nutzung der Macht durch die regierende UDF führte auch in anderen Bereichen, die sehr bedeutend für den Fortschritt in dem ressourcenarmen Land sind, zu Entwicklungen, die innerhalb Malawis sowie bei seinen Partnern mit großer Sorge und Kritik gesehen wurden. Dazu gehört insbesondere die weite Verbreitung der Korruption. Gepaart mit der auffallenden Verschwendungssucht der Regierung dieses bettelarmen Landes führte die Korruption zu einer massiven Intervention von Seiten der internationalen Geber, unter Führung des britischen Hochkommissars. Drastische Maßnahmen wurden verlangt. Bei aller Richtigkeit dieser Forderung wurde am Vorgehen der Geber auch klar, wie groß die Abhängigkeit Malawis von der Außenwelt ist. Dies bedeutet natürlich auch – mehr noch als in anderen Ländern – eine Mitverantwortung der internationalen Partner für den politischen Prozess in Malawi.

■ **Präsident Muluzi sah sich angesichts der Korruptionsvorwürfe Ende 2000 zu einer Kabinettsumbildung gezwungen.**

Präsident Muluzi sah sich angesichts der Korruptionsvorwürfe Ende 2000 zu einer Kabinettsumbildung gezwungen. Er entließ drei Minister, die Schlüsselressorts leiteten, alles alte Mitkämpfer schon in gemeinsamen Oppositionstagen während der Banda-Diktatur; andere Portfolios wurden innerhalb des Kabinetts umverteilt.

Es zeigte sich allerdings bald, dass es Muluzi weniger darum ging, die Korruption abzubauen, als sich seiner parteiinternen Gegner, vor allem des mächtigen Brown Mpinganjira zu entledigen. Dieser spielte eine herausragende Rolle bei der Gründung der UDF und der dafür erforderlichen Einwerbung finanzieller Mittel. Mpinganjira kontrolliert darüber hinaus die bevölkerungsdichteste Region Malawis in den Distrikten Mulanje Thyolo und Phalombe im Südosten.

Es ist nicht zu verkennen, dass Muluzi seit langem, trotz eindeutig anders lautender Verfassungsrichtlinien, damit liebäugelt, sich im Jahre 2004 noch einmal zum Präsidenten wählen zu lassen. Er wird in diesem Ansinnen unterstützt durch eine Schar von ihm abhängiger, in der Sachpolitik wenig konstruktiver, aber in ihren Regionen einflussreicher Parteifreunde, die mit dem Ende der für sie günstigen Pfründenwirtschaft rechnen müssten, käme es zu einem Wechsel an der Regierungsspitze.

Nach der Entlassung der drei Minister begann in Malawi relativ plötzlich und unvermittelt eine politische Auseinandersetzung, die Anlass zur aufmerksamen Beobachtung gibt.

Der vorübergehend festgenommene Mpinganjira gründete, dabei unterstützt von anderen UDF-„Deserteuren“ und vielen Gruppen aus der Zivilgesellschaft, die National Democratic Alliance (NDA). In dieser Gruppierung kristallisierte sich der gesamte Unmut, den die teils arrogante, teils provokativ einseitige Regierungsführung Muluzis in der Zeit nach den letzten Wahlen ausgelöst hatte. Die Kritik konzentriert sich dabei äußerlich zunächst auf die Absicht Muluzis, inspiriert vom Beispiel Sam Nujomas in Namibia und von der gegenwärtigen Debatte in Sambia, eine weitere Amtszeit anzustreben. Damit weckt er böse Erinnerungen an den Lebenszeitpräsidenten Kamuzu Banda. Viele, die zum Sturz Bandas beigetragen haben, wollen unter allen Umständen verhindern, dass es erneut zu einer Diktatur in Malawi kommt. Dabei ist wichtig zu wissen, dass Muluzi, wie viele andere in der jetzigen Regierungspartei, selbst hohe Ämter unter Banda innehatten und von dessen autokratischem Herrschaftsprogramm sicher nicht unbeeinflusst geblieben sind. Der malawische Volksmund spricht daher von der jetzi-

■ Es ist nicht zu verkennen, dass Muluzi seit langem, trotz eindeutig anders lautender Verfassungsrichtlinien, damit liebäugelt, sich im Jahre 2004 noch einmal zum Präsidenten wählen zu lassen.

■ Die wirklich neuen Kräfte Malawis finden sich einerseits in der Oppositionspartei AFORD, die aber aufgrund ihres begrenzten Wählerpotenzials im Norden kaum Chancen hat, allein eine Mehrheit zu gewinnen und politische Macht zu übernehmen. Andererseits sind die demokratischen Kräfte in einer Vielzahl von sehr engagierten Nichtregierungsorganisationen aktiv, deren Führer großen Einfluss auf die öffentliche Debatte in Malawi nehmen.

gen Regierung oft abschätzig als „B-Team“. Auch die neuen Allianzen zwischen Muluzi und John Tembo müssen vor diesem historischen Hintergrund gewertet werden.

Die wirklich neuen Kräfte Malawis finden sich einerseits in der Oppositionspartei AFORD, die aber aufgrund ihres begrenzten Wählerpotenzials im Norden kaum Chancen hat, allein eine Mehrheit zu gewinnen und politische Macht zu übernehmen. Andererseits sind die demokratischen Kräfte in einer Vielzahl von sehr engagierten Nichtregierungsorganisationen aktiv, deren Führer großen Einfluss auf die öffentliche Debatte in Malawi nehmen. Von der Regierung wie von der MCP werden diese aber häufig als radikal und eigentlich das Spiel der AFORD betreibend diffamiert. Die Regierung konnte aufgrund der fehlenden Basisorientierung der eher in den Städten angesiedelten zivilgesellschaftlichen Lobbygruppen in der Vergangenheit recht komfortabel mit deren Kritik leben und sie sogar als Zeichen für die ausgeprägte Meinungsfreiheit in Malawi darstellen.

Brisant wurde die Situation erst, als sich die Kirchen, die schon bei der Revolution im Jahre 1993/94 (und im Übrigen auch bereits beim Entstehen des ersten organisierten Widerstands gegen die Autokratie Bandas im Jahre 1960) die entscheidende Rolle gespielt haben, zu Wort meldeten. Wie damals begann der Unmut in der katholischen Kirche. Dabei übernahm zunächst die organisierte katholische Jugend die Initiative, indem sie den hohen Klerus massiv und öffentlich zu einer kritischeren Haltung gegenüber den undemokratischen Praktiken in Muluzis Regierungsführung aufforderte. Die Bischöfe mussten reagieren. Es folgten ebenso klare und kritische Worte seitens der Presbyterianer und vieler Vertreter kleinerer protestantischer Kirchen, die bis zur Forderung nach sofortigem Rücktritt des Präsidenten reichten.

Entscheidend für die Dimension der Reaktion der Kirchen, die in der Vergangenheit eher gemäßigt unterstützend zur Muluzi-Regierung standen, dürften nicht allein die sicherlich wahrgenommenen Defizite in der Regierungspraxis sein, sondern vor allem die absolut eindeutige Tendenz des Muslim Muluzi, Malawi schrittweise zu islamisieren. Es ist deutlich

erkennbar, dass immer mehr hohe Ämter in der Verwaltung von Muslimen besetzt werden. Und obwohl nur etwa zehn bis 15 Prozent der Bevölkerung dem Islam angehören, gegenüber etwa 45 Prozent Christen, sollte im letzten Jahr ein Curriculum für den Religionsunterricht an Schulen eingeführt werden, dass der Unterweisung in islamischer Religionslehre eindeutig den Vorrang gab. Nach heftigem Protest musste es zurückgenommen werden. In diesem Zusammenhang bleiben natürlich auch die extensive Reisetätigkeit Muluzis in muslimische Länder wie Ägypten, Kuwait und vor allem Libyen und die von dort kommenden Geldzuweisungen nicht unbemerkt.

Die Kirchen sind alarmiert. Und daher wird mit großer Aufmerksamkeit die Veröffentlichung des nächsten Fastenhirtenbriefes der katholischen Bischofskonferenz erwartet, von dem man sich klare Worte zur Regierungsführung Muluzis erhofft. Zugleich kursieren mit unverhohlener Freude weitergegebene Gerüchte an der Basis der katholischen Kirche, dass der Papst den Erzbischof von Blantyre, Chiona, nicht nur aus Altersgründen, sondern auch wegen dessen Unterstützung für Muluzi zum Rücktritt aufgefordert habe. Die Kirche wird bei ihrer kritischen Haltung bleiben müssen, will sie nicht bei ihrer eigenen Mitgliedschaft unglaubwürdig werden.

Da auch die in Malawi eher schwachen, aber doch einen nennenswerten städtischen Bevölkerungsanteil vertretenden Gewerkschaften sich deutlich zu Wort gemeldet haben, wird der Regierung in den nächsten Wochen der Wind ins Gesicht blasen. Sie wird zunehmend und mächtig mit der Forderung nach Reformen und nach transparenter und effizienter Regierungsführung konfrontiert werden. Es bleibt abzuwarten, wie sie darauf reagiert.

Noch deutet vieles eher auf eine Verhärtung der Regierungslinie hin. Der Präsident dementiert nicht den ihm nachgesagten Ehrgeiz, eine dritte Amtszeit anzustreben. Rundfunk und Fernsehen werden eher noch stärker auf UDF-Linie gebracht. Das Umschwenken Tembos auf die Regierungslinie kommt der Regierung gerade recht. Nun kursiert sogar ein Papier, das dem Präsidenten die Ernennung von 20 handverlesenen Parlamentsabgeordneten nach dem Muster Simbabwes zugestehen will. Dies kann zwar

■ Da auch die in Malawi eher schwachen, aber doch einen nennenswerten städtischen Bevölkerungsanteil vertretenden Gewerkschaften sich deutlich zu Wort gemeldet haben, wird der Regierung in den nächsten Wochen der Wind ins Gesicht blasen.

nicht sehr ernst genommen werden, zeigt aber, wie stark sich die Debatte im Land polarisiert.

Was die Debatte zu einer dritten Präsidentschaft Muluzis angeht, wird viel vom Ausgang der gleichen Diskussion in Sambia abhängen, wo in diesem Jahr Wahlen anstehen. Es ist bekannt, dass Muluzi seinen sambischen Freund und Kollegen Chiluba mit beträchtlichen Finanzmitteln unterstützt. Sollte es diesem gelingen, zum dritten Mal zum Präsidenten gewählt zu werden, so steht zu erwarten, dass Muluzi den gleichen Weg gehen wird.

Aber bei allen Gefahren, die die gegenwärtige Auseinandersetzung in sich trägt, muss auch gesehen werden, dass die noch junge Demokratie in Malawi bereits über ein gewaltiges Potenzial an kritischer Intelligenz und an wachem Bürgersinn hervorgebracht hat. Was jetzt entstanden ist, ist eine interessante Allianz von tatsächlich authentischem Interesse an Demokratie in Kirche, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft sowie von vor allem eigene Machtinteressen verfolgenden politischen Neugründungen. Auch letztere allerdings bringen vor allem prinzipielle Argumente gegen die Regierung vor.

■ Es steht zu erwarten, dass sich in den nächsten Wochen völlig neue parteipolitische Konstellationen in Malawi ergeben werden. Dabei entsteht die einmalige Chance, dass die regionalen Schwerpunkte der drei großen Parteien keine allzu große Rolle mehr spielen werden.

Es steht zu erwarten, dass sich in den nächsten Wochen völlig neue parteipolitische Konstellationen in Malawi ergeben werden. Dabei entsteht die einmalige Chance, dass die regionalen Schwerpunkte der drei großen Parteien keine allzu große Rolle mehr spielen werden, mindestens wird es zu Allianzen verschiedener Gruppen mit unterschiedlichen regionalen Interessen kommen können.

In diesem Zusammenhang ist auch zu hoffen, dass die zaghaft von der Nationalen Wahlkommission begonnene Debatte zur Einführung des Verhältniswahlrechts in Malawi neue Dynamik gewinnt. Dies wäre ein wichtiger Schritt zur Durchbrechung der traditionellen politischen Dreiteilung des Landes.

Vor allem aber darf man erwarten, dass die demokratische politische Kultur in Malawi weiter gestärkt werden wird. Es ist ermutigend, dass sich die Regierung schon heute nicht mehr alles herausnehmen kann.

Wenn es Muluzi bisher gelang, relativ unangefochten seine Politik durchzusetzen, so lag dies sicher auch an der nahezu uneingeschränkten Unterstützung, die er von den internationalen Gebern bekam.

Und sicherlich war und bleibt es richtig, Malawi auf dem Weg zur Stabilität und bei der Bewältigung seiner schwierigen sozialen Probleme, für die strukturelle Verbesserungen auf absehbare Zeit kaum erreichbar scheinen, zu helfen. Gerade diese massive Intervention seitens der Partner Malawis begründet aber auch eine besondere Verantwortung für die politische Entwicklung im Land. Bei aller Unterstützung der Regierung dürfen Hinweise auf die Bedeutung von Meinungsfreiheit, von Oppositionsaktivitäten und von Verfassungstreue niemals fehlen, sonst wird Geberhilfe schnell als Argument für die Wohltaten autokratischer Regierungsführung und als Alibi für neue Lebenszeitregierungen missbraucht.

Die Erinnerung an die Diktatur Bandas lebt in Malawi. Und Malawier sind heute bereit, auch Verantwortung über ihr eigenes Land hinaus zu übernehmen. So gibt es zur Zeit eine Solidaritätsbewegung mit zivilgesellschaftlichen Gruppen in Simbabwe, die sich gegen die dortige Diktatur zur Wehr setzen. Und einige breitenwirksame Programme zur politischen Bildung in Malawi finden viel Beachtung in den Nachbarländern. Es tut Malawi gut, als Modell betrachtet und als Partner angenommen zu werden.

Worauf es jetzt ankommt, ist, die positiven Kräfte im Lande zu erkennen und zu stärken. Die Auseinandersetzung in Malawi trägt alle Merkmale einer guten Entwicklung hin zu einer wirklichen demokratischen Kultur – und dies nach nur sieben Jahren Erfahrung mit dem neuen Regierungssystem.

Wenn man eine Mitverantwortung der internationalen Partner Malawis zugesteht, so kommt es jetzt erst recht darauf an, Malawier tatsächlich auf ihre Eigenverantwortung bei der Gestaltung eines demokratischen, offenen und der Rechtsstaatlichkeit verpflichteten Systems hinzuweisen.

Schuldenerlass und Geberunterstützung sind richtig, müssen aber mit deutlicher Mahnung zur Beachtung der Verfassung verbunden sein. Malawis Demokraten wollen in der internationalen Gemeinschaft ernst genommen und unterstützt werden. Ihr Bemühen, auch in Malawi ein solides und funktionierendes politisches System zu schaffen, auf dessen Basis allein die vielfältigen sozialen und ökonomi-

■ **Worauf es jetzt ankommt, ist, die positiven Kräfte im Lande zu erkennen und zu stärken. Die Auseinandersetzung in Malawi trägt alle Merkmale einer guten Entwicklung hin zu einer wirklichen demokratischen Kultur – und dies nach nur sieben Jahren Erfahrung mit dem neuen Regierungssystem.**

schen Probleme des Landes einer Lösung näher gebracht werden können, ist authentisch.

E-Mail: VMONIKAS@aol.com